

# DRESDNER REDEN 2019

10. März 2019

**Ian Kershaw**

**Europas Krise und Zukunftsperspektiven**

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.



**STAATSSCHAUSPIEL  
DRESDEN**



**SÄCHSISCHE  
ZEITUNG**

# DRESDNER REDEN 2019

in Kooperation mit der Sächsischen Zeitung

3. Februar 2019, 11.00 Uhr

**Doris Dörrie** *Regisseurin, Filmproduzentin und Schriftstellerin*

**Auf Wanderschaft. Fremd und zuhause. Meine Heimat und ich.**

17. Februar 2019, 11.00 Uhr

**Karola Wille** *Intendantin des MDR*

**Es geht um Demokratie – Unser gemeinsamer freier Rundfunk**

24. Februar 2019, 11.00 Uhr

**Robert Menasse** *Romancier und Essayist*

**Der Preis der Werte**

10. März 2019, 11.00 Uhr

**Ian Kershaw** *Historiker und Schriftsteller*

**Europas Krise und Zukunftsperspektiven**

# VORSTELLUNG DURCH MARCUS THIELKING SÄCHSISCHE ZEITUNG

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auf dieser Bühne sind Premieren und Uraufführungen nichts Ungewöhnliches. Aber was wir heute hier erleben, ist doch etwas Besonderes. Ich sage Ihnen gleich auch, warum. Es ist mir zunächst eine große Ehre, Sir Ian Kershaw begrüßen zu dürfen. Im Namen des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung heiße ich Sie alle herzlich willkommen zu dieser Dresdner Rede. Mein Name ist Marcus Thielking, ich bin verantwortlich für das Feuilleton der SZ, und ich möchte Ihnen jetzt unseren Gast und sein Thema kurz vorstellen.

Ich sprach von einer Uraufführung. Denn just morgen erscheint in Deutschland das neue Buch von Ian Kershaw. Es trägt den Titel **ACHTERBAHN**, und es ist der zweite Teil seiner Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Im ersten Teil ging es um die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg. Er trug den Titel **HÖLLENSTURZ**. Das sind zwei starke Metaphern. Aber wenn Ian Kershaw sich solcher Sprachbilder bedient, dann weiß er ganz bestimmt, wovon er redet.

Sie alle kennen seine große Hitler-Biografie. Sie gilt bis heute als unübertroffenes Standard- und Meisterwerk. Vor allem über die Zeit des Nationalsozialismus hat unser Gast quasi sein halbes Leben lang geforscht und geschrieben. Er ist dafür unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden. Die Queen hat ihn zum Ritter geschlagen. Sein Lebensthema ist eine Zeit – und ich zitiere jetzt Ian Kershaw selbst – von „bislang nicht gekannten Tiefen der Unmenschlichkeit“ und des „tiefreichendsten Zusammenbruchs der Zivilisation der Moderne“, ein „Abgrund der Barbarei“, eine „kaum vorstellbare Unmenschlichkeit und Zerstörung“ mit einem „Völkermord von bis dahin beispiellosem Ausmaß“.

Warum lese ich Ihnen diese Zitate vor? Weil man heute nicht mehr davon ausgehen kann, dass solche Beurteilungen auf ungebrochenen Konsens stoßen. Und wenn das so weitergeht, dann sollte Ian Kershaws Buch vielleicht nicht **HÖLLENSTURZ** heißen – sondern zum Beispiel **VOGELSCHISS**.

Vor drei Wochen ist der Schauspieler Bruno Ganz gestorben. In vielen Nachrufen wurde betont, dass es ganz falsch wäre, ihn auf die Rolle Adolf Hitlers im Film **DER UNTERGANG** zu reduzieren. Es wäre ebenso ungerechtfertigt, in Ian Kershaw nur den Hitler-Biografen zu sehen. Gerade sein jüngstes Buch nimmt eine völlig andere

Der Historiker und Schriftsteller **Ian Kershaw** analysiert in seiner Rede **EUROPAS KRISE UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN** die große Geschichte Europas. Für Kershaw gleicht diese Geschichte einer „Achterbahn“, die niemals aufhört: Europa befindet sich in einer ernsthaften Krise. Das ‚europäische Projekt‘ der engeren Integration hat bei vielen Bürger\*innen seine Überzeugungskraft verloren. Demgegenüber ist der Nationalismus wieder stärker geworden. Der nationale Populismus gewinnt an Zustimmung und grassiert mittlerweile in fast allen europäischen Staaten. Die europäische Verständigung ist offenkundig in Gefahr. Und international sieht die Lage düster aus. Wie ist es dazu gekommen? Wo liegen die Wurzeln dieser besorgniserregenden Situation? Wie sieht die Zukunft der EU aus? Kann sie Reformen einführen und damit den Bedrohungen erfolgreich begegnen? Antworten auf diese wichtigen Fragen sucht er in dieser Dresdner Rede.

Perspektive ein, nämlich einen gesamteuropäischen Blick auf die Geschichte seit 1950. Eiserner Vorhang. Beatles. Prager Frühling. Friedliche Revolution. Hartz IV. Flüchtlingskrise. Um nur einige Schlagworte herauszugreifen. Und die Geschichte geht weiter. In knapp drei Wochen kommt der Brexit. Oder kommt er nicht? Dass jedenfalls ausgerechnet jetzt ein britischer Historiker seine Dresdner Rede über **EUROPAS KRISE UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN** halten wird – dieser Zufall macht die Uraufführung umso einzigartiger.

Ian Kershaw begann seine Historikerlaufbahn als Mediävist, also als Experte für das Mittelalter. In einem Fernsehinterview haben Sie, Sir Ian, vor Jahren mal gesagt: Sie sehnen sich nach der Möglichkeit, zu diesen Wurzeln eines Tages zurückzukehren. Und mit einem Augenzwinkern fügten Sie hinzu: Wenn die Bücher **HÖLLENSTURZ** und „Achterbahn“ endlich fertig sind, dann kann endlich das Hauptprojekt kommen, also Ihr eigentliches Lebenswerk. Und das soll dann folgenden Titel haben: „Die Klosterwirtschaft der Augustinermönche in Nordengland im 13. und 14. Jahrhundert“.

Wenn es so weit ist, sagen Sie bitte Bescheid: Wir laden Sie dann wieder zu einem Vortrag nach Dresden ein. Versprochen!

Meine Damen und Herren, und nun begrüßen Sie bitte mit mir: Ian Kershaw!

# EUROPAS KRISE UND ZUKUNFTS- PERSPEKTIVEN

## Dresdner Rede von Ian Kershaw

Europa befindet sich heute in einer existenziellen Krise. Wie kam es dazu? Warum konnte eine anscheinend positive Entwicklung so schiefgehen? Und wie geht es weiter mit unserem Kontinent? Können wir die Krise bewältigen? Diese Fragen beschäftigen uns alle.

Die Verwandlung Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist jedem Ermessen nach gewaltig. Das Meiste kann man sicherlich positiv bewerten, aber weitaus nicht alles. Die Geschichte Europas in diesen sieben Jahrzehnten ist keineswegs eine Einbahnstraße in Richtung Frieden, Fortschritt und Wohlstand gewesen. Eine solche Interpretation entspräche hauptsächlich einer westeuropäischen Perspektive. „Siebzig Jahre Frieden?“, fragte neulich Emmanuel Macron. „Sage das den Völkern im Baltikum, den Tschechen, den Spaniern, den Portugiesen, den Jugoslawen, den Ukrainern? Um sich die unterschiedliche Entwicklung Europas vor Augen zu führen, braucht man nur an den furchtbaren Krieg im ehemaligen Jugoslawien zu denken – der gerade zu jener Zeit wütete, als Westeuropa euphorisch den Zusammenbruch des sowjetischen Systems und die dadurch eröffneten Chancen eines vereinten Kontinents feierte. Auch die Globalisierung – eine für die meisten Europäer zweifellos sehr vorteilhafte Entwicklung – hatte und hat zwei Gesichter. Denn in jedem Land haben sehr viele Bürger, die Verlierer der Globalisierung, äußerst wenig von den Vorteilen gespürt und eigentlich nur bedeutende Nachteile empfunden. Und seit 2008 hat Europa eine Aneinanderreihung von Krisen erlebt – Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Ukraine Krise, den Brexit, die

Folgen von Trumps Präsidentschaft, und nicht zuletzt den Aufstieg des nationalistischen Populismus. Insgesamt geht es wohl nicht zu weit, von einer Gesamtkrise Europas zu sprechen, oder zumindest von der schlimmsten Strukturkrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Globalisierung hat wesentlich zu dieser Gesamtkrise beigetragen. Auch wenn die gegenwärtige Krise plötzlich über Europa hereingebrochen zu sein schien, so liegen ihre Wurzeln doch weit zurück.

Wenn man also selbst einen kursorischen Blick über die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg wirft und dabei nicht nur die vielen Errungenschaften, sondern auch die vielen Krisen – nicht nur die des letzten Jahrzehnts – betrachtet, kann man schwerlich von einer geradlinigen Entwicklung sprechen, die seit dem Krieg stets bergauf gegangen ist. Vielmehr erscheint es treffender, von einer Achterbahnfahrt zu reden, von einem Auf und Ab, einem Hin und Her der europäischen Geschichte. Den Titel „Achterbahn“ habe ich für mein neues Buch ausdrücklich gewählt, um weg von der Perspektive einer Erfolgsgeschichte zu kommen und die Ambivalenz der Nachkriegsentwicklung hervorzuheben. Die Achterbahnfahrt hat vielfach mit drei wesentlichen Transformationen zu tun, die unsere Welt umgestaltet und – so eine These des Buches – zu einer neuen Ära von Unsicherheit geführt haben. Drei Eckdaten charakterisieren diese Achterbahnfahrt: 1973, 1989 und 2008.

Der erste große Umbruch geschah in den 70er Jahren und markierte das Ende der eigentlichen Nachkriegszeit – das Ende der wirtschaftlichen Boomjahre, die diese Ära prägten. 1973 kam es, verursacht durch den Yom-Kippur-Krieg im Mittleren Osten, zur ersten großen Ölkrise, die weitreichende Konsequenzen für die Wirtschaft der westlichen Welt hatte. Sechs Jahre später folgte dann nach der Islamischen Revolution in Iran die zweite Ölkrise, die für Deutschland sogar schlimmere Auswirkungen hatte als die erste. Europa war inzwischen völlig abhängig vom Öl, dessen Preis am Ende der 70er Jahre siebzehn Mal höher war als am Anfang des Jahrzehnts. Zwischen 1950 und 1973 war die Wirtschaft in den Ländern Ost- und Westeuropas durchschnittlich um 4,7 Prozent gewachsen. In den zwanzig Jahren nach der ersten Ölkrise sank die Wachstumsrate auf durchschnittlich 2,2 Prozent in Westeuropa und sogar Minus 0,4 Prozent in Osteuropa. In allen Ländern mussten die Regierungen ihre Wirtschaftspolitik an diese neuen Umstände anpassen.

Die doppelte Ölkrise bedeutete das Ende der keynesianischen Wachstumsstrategie, der man in den Boomjahren gefolgt war, und den Anfang der sogenannten neoliberalen oder monetaristischen Wirtschaftstheorie, die auf reduzierte Steuerbelastung, Deregulierung, Privatisierung und Kürzung von Staatsausgaben zielte. Die USA und, in Europa, Großbritannien waren die Vorreiter der wirtschaftlichen Umstrukturierung. Unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher wurde die neue Wirtschaftstheorie zur Orthodoxie der Wirtschaftspolitik erklärt und in die Praxis umgesetzt. Aber beinahe alle

europäischen Staaten wurden gezwungen, deflationistische Maßnahmen einzuführen, um ihre Wirtschaften zu stabilisieren. Über die nächsten zwei Jahrzehnte setzte sich das neoliberalistische Denken nach und nach fast überall durch. Gleichzeitig, und teilweise dadurch forciert, fand eine tiefgreifende Deindustrialisierung statt, die ganze Regionen hart traf und bei der betroffenen Bevölkerung Gefühle der sozialen und politischen Entfremdung schürte.

Der wirtschaftliche Umbruch der 70er und frühen 80er Jahre war die erste große Transformation, die Europa veränderte. Die zweite war eine politische, die aus den Umwälzungen der Jahre 1989-91 und dem Zusammenbruch der Sowjetunion folgte. Die anfängliche Freude, sogar Euphorie, verflog allerdings recht rasch. Nicht nur der Krieg im ehemaligen Jugoslawien wirkte ernüchternd, sondern auch die großen Probleme, vor die der Übergang zur Marktwirtschaft die maroden Wirtschaftssysteme des ehemaligen Ostblocks stellte – dazu gehörten steiler Produktionsrückgang, hohe Arbeitslosigkeit und niedriger Lebensstandard. Außer Polen, das sich relativ schnell erholte, dauerte es beinahe zehn Jahre, bis diese tiefgreifende Umstrukturierung erste Erfolge verzeichnete. Und selbst dann blieb häufig ein anhaltendes Gefühl der Benachteiligung gegenüber dem Westen. Angesichts der Verheißung, in absehbarer Zeit der EU beitreten zu können, hielten sich solche Ressentiments zunächst in Grenzen. Aber ein weitreichender psychologischer Unterschied zwischen großen Teilen der Bevölkerung von Ost- und Westeuropa blieb bestehen.

Das Ende des Kalten Krieges bedeutete nicht nur den Sieg des Kapitalismus in Europa, sondern weltweit den Triumph der USA. Man sprach nun von einer unipolaren Welt. Die USA verfügten in der Tat gut zehn Jahre lang über ein internationales Machtmonopol. Die Sowjetunion fiel als Supermacht aus. Russland unter Jelzin wurde durch den Raubtierkapitalismus der neuen Wirtschaftselite, durch massive Korruption und durch die weit verbreitete organisierte Kriminalität zerrüttet. Die Ausweitung der NATO, die sich bald bis zur russischen Grenze im Baltikum erstreckte, war der deutlichste Beweis der machtpolitischen Niederlage einer einstigen Supermacht. Das Gefühl der nationalen Demütigung war enorm. Kein Wunder, dass ab der Jahrhundertwende der neue ‚starke Mann‘, Wladimir Putin, in der Bevölkerung überaus populär war und für seine Politik, die Russlands Stolz und Macht wiederherstellen sollte, große Unterstützung erhielt.

Das Ende der unipolaren Welt kann man genau datieren: auf den 11. September 2001, den Tag des Terrorangriffs auf New York. Bald danach verstrickten sich die USA in ebenso kostspielige wie verlustreiche Kriege in Afghanistan und dann im Irak. Der Ansehensverlust und die Schwächung der Weltmacht USA wurden immer deutlicher, während China sich aus diesen Konflikten heraushielt und immer stärker wuchs. Auch Russland profitierte von der amerikanischen Schwäche und stellte seine wiederer-

wachte Stärke auf der Krim, in der Ukraine und im Mittleren Osten unverkennbar unter Beweis. Unterdessen entwickelten sich in der heikelsten Krisenzone der Welt Iran und Saudi-Arabien zu bedeutenden Regionalmächten. Israel, Indien und Pakistan, erlangten als Atomkräfte in den internationalen Beziehungen ebenfalls großes Gewicht. So präsentiert sich nach dem politischen Umbruch der Jahre 1989 bis 1991 unsere Epoche heute: Aus einer unipolaren Welt ist eine multipolare Welt geworden. Die daraus entstehende neue Unsicherheit ist dabei vielleicht noch größer und gefährlicher als die nukleare Pattsituation während des Kalten Krieges.

Die dritte Transformation besteht in der erstaunlichen Kommunikationsrevolution seit Anfang der 90er Jahre. Die rasante Ausbreitung des Internets verwandelte innerhalb von wenigen Jahren grundlegend, wie wir persönliche Kontakte pflegen, Wissen vermitteln und verbreiten und weltweit Handel betreiben. Vor allem auch die Finanzwelt profitierte von den neuen Möglichkeiten: Kapitaltransfers und große finanzielle Transaktionen konnten mit dem Drücken einer Taste in Sekunden erledigt werden. 2010 war das Volumen des Welthandels sechsmal größer als zur Zeit des Mauerfalls. Gemessen an dem Volumen von Einfuhren und Exporten war die EU bis 2000 zum größten Handelsblock der Welt geworden. Die Kommunikationsrevolution hatte nach dem Ende des Kalten Krieges die entscheidende Rolle bei der vollen Entfaltung der Globalisierung gespielt – mit allen großen Vorteilen, aber auch vielen Nachteilen. Unter den Vorteilen sind zu erwähnen: Das unglaublich vielfältige Angebot von billigen Produkten aus aller Welt, einfachere und kostengünstigere Reisemöglichkeiten, bessere Chancen, im Ausland zu arbeiten oder zu studieren, Zugänglichkeit von ungläublichen Wissensquellen und eine in vieler Hinsicht wünschenswerte internationale wirtschaftliche z. T. auch politische Konvergenz. Nachteilige Folgen sind u. a.: Eine wachsende Schere zwischen Reich und Arm, eine Verelendung von vielen Regionen, ein neues Proletariat, das mit prekären Verdienstmöglichkeiten auskommen muss, das Entstehen eines ungezügelter Turbokapitalismus, beherrscht von Tech-Giganten, die von keinem Staat kontrolliert werden können, und nicht zuletzt die Deregulierung der Banken und die zunehmende Dominanz der Finanzindustrie. Deregulierung, Globalisierung, Kommunikationsrevolution und multipolare Machtverhältnisse: diese sind, kurz zusammengefasst, die Merkmale unserer turbulenten Gegenwart. Ohne Zweifel genießen wir, verglichen mit der Generation, die in den ersten Nachkriegsjahren groß geworden ist, erstaunliche Verbesserungen im Lebensstandard, durch medizinische Erfindungen, durch Bildungschancen, durch die verbesserte Stellung von Frauen in der Gesellschaft und vieles mehr. Gleichwohl erleben wir auf vielen Ebenen große Unsicherheit – politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle, nicht zuletzt ökologische.

Der Finanzcrash 2008 enthüllte bis dahin teils verborgene Probleme. Langsam, mühsam und mit großen Kosten wurde die Krise bewältigt. 2012 schien das Schlimmste

überstanden zu sein. Dann kam die Flüchtlingskrise 2015-16. In vielen Ländern Europas zog die Krise (und die Versuche der Politik, sie zu bewältigen) heftige Reaktionen der Bevölkerung nach sich, die sich vielfach mit den sozialen und politischen Auswirkungen der vorherigen Wirtschaftskrise vermischten und zu einer besorgniserregenden Explosion des Populismus führten. Die Auswirkung dieser doppelten Krise – erst Wirtschafts- dann Flüchtlingskrise – ist zu einer echten Gefahr für das heutige Europa geworden: Der aufflammende Populismus profitierte vom Mobilisierungseffekt der sozialen Medien und stellt die zukünftige Stabilität Europas in Frage. Die lang gehegten Hoffnungen, dass ein harmonischer Kontinent, basierend auf liberalen Werten, Recht und Demokratie, im Laufe der Zeit immer enger zusammenrücken würde, sind mittlerweile weitgehend verblasst. Ungarn und Polen drohen, die rechtsstaatlichen Normen der EU zu unterminieren. Großbritannien wird voraussichtlich bald das erste Land sein, das der EU den Rücken kehrt. Die populistische Rechte hat sogar in den Niederlanden und in Skandinavien, ehemaligen Hochburgen der Toleranz, große Teile der Bevölkerung hinter sich gebracht, während Italien, ein EU-Gründerstaat, z. Zt. von Rechtspopulisten regiert wird. An allen Fronten stellt der nationalistische, xenophobe Populismus eine fundamentale Herausforderung der liberalen Demokratie dar – die beiden wichtigsten EU-Mitgliedstaaten, Deutschland und Frankreich, bilden da keine Ausnahme. Darüber hinaus häufen sich die internationalen Probleme, mit denen sich Europa konfrontiert sieht. Russland zeigt immer wieder seine Stärke, die Türkei wird autoritärer und fundamentalistischer, und Trump hat das transatlantische Bündnis destabilisiert. Wie die EU diese größte Herausforderung seit fast 70 Jahren anpackt, wird in den kommenden Jahren über ihre Zukunft entscheiden.

Anzeichen für die potenzielle Attraktivität populistischer Identitätspolitik ließen sich schon in den 1980er und 1990er Jahren erkennen, so etwa die Popularität von Jörg Haider und seiner FPÖ in Österreich, die zunehmende Unterstützung für den Front National in Frankreich und die wachsende Bedeutung der Schweizerischen Volkspartei. Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung von ethnischen Minoritäten und anti-muslimische Einstellungen machten sich in mehreren Staaten bemerkbar. Schon damals waren Trends spürbar, die später den Aufstieg des Rechtspopulismus bestimmten: Misstrauen gegenüber Eliten; Angst vor Identitätsverlust; Ressentiments über empfundene wirtschaftliche Benachteiligung sowie Besorgnis über die rasch zunehmende Einkommensschere; und die anfängliche Fragmentierung der politischen Parteienlandschaft zusammen mit der größeren Anziehungskraft von neuen Parteien und Bewegungen.

Gleichwohl blieb der Rechtspopulismus – manchmal auch ‚Nationalpopulismus‘ genannt – in Europa vor der Jahrhundertwende eher eine politische Randerscheinung. Das änderte sich allerdings dramatisch in den Krisenjahren ab 2008 und vor allem ab 2015. In Schweden etwa erhielten die rechtspopulistischen Schwedendemokraten bei

Wahlen im Jahr 1998 nur 0.4 Prozent der Stimmen, während sie 2018 auf 17.6 Prozent kamen. Den steilen Aufstieg der AfD aus dem Nichts vor wenigen Jahren bis zu fast 14 Prozent der Stimmen bei der letzten Bundeswahl brauche ich hier wohl kaum zu betonen.

Auch wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise die wirtschaftliche Misere und die Ressentiments der Globalisierungs-Verlierer deutlich verstärkt hat, so lässt sich der Aufstieg des Nationalpopulismus doch nicht ausschließlich, vielleicht sogar nicht primär, auf ökonomische Ursachen zurückführen. In Österreich und in den Niederlanden etwa konnten Populisten schon vor der Finanzkrise beträchtliche Erfolge verbuchen, obwohl beide Länder zu den wohlhabendsten Staaten Europas zählen. Vielmehr lässt sich das Erstarken des Populismus oft auf die Angst vor Identitätsverlust und damit verbundene tief gewurzelte kulturell und emotional bedingte Aversionen gegen wahrgenommene ‚Außenseiter‘, darunter in erster Linie natürlich Zuwanderer, zurückführen, vor allem Migranten mit anderen gesellschaftlichen und kulturellen Traditionen und religiösen Sitten.

Solche Einstellungen beschränkten sich keineswegs auf die ärmeren Schichten der Bevölkerung. Laut Meinungsumfragen aus dem Jahr 2016 bewerteten nur 24 Prozent der Schweden, 18 Prozent der Deutschen und lediglich 10 bis 11 Prozent der Italiener, Franzosen und Belgier die Wirkung der Immigration auf ihre Staaten positiv. Zugleich waren einer Umfrage aus dem gleichen Jahr, 2016, zufolge, 60 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Schon 2010, also deutlich vor der Flüchtlingskrise, waren 47 Prozent der Befragten dieser Meinung gewesen. 2017 stimmten beträchtliche Mehrheiten in Schweden, Spanien, Deutschland, Polen, Frankreich, Belgien, Italien, Ungarn und Großbritannien den Aussagen zu, dass es zu viele Einwanderer in meinem Land gibt‘, und dass ‚Zuwanderung unerwünschte Änderungen in meinem Land bringt‘. In vielen europäischen Demokratien wurde die Zuwanderung von einem bis dahin relativ unbedeutenden Anliegen zu dem wichtigsten Thema überhaupt – ein Trend, der durch die Angst vor dem islamistischen Terrorismus stark beeinflusst wurde.

Untersuchungen haben gezeigt, dass für die Attraktivität des nationalistischen Populismus weniger die wirtschaftliche Situation potenzieller Anhänger ausschlaggebend ist als vielmehr das relative Bildungsniveau. Aber man sieht aus den oben genannten Ziffern: Das Reservoir an Bürgern, die in den Sog des Populismus geraten könnten, ist nicht gerade klein. Je mehr der Einzelne sich unkontrollierbaren globalen Kräften ausgeliefert fühlt, so könnte man vermuten, desto mehr sucht er oder sie vermeintliche Sicherheit in dem Vertrauten, in dem Heimischen, in der eigenen Nation, der eigenen Ethnie, der eigenen Religion. Wachsende Unsicherheit und Entfremdung haben Angst vor einem Identitätsverlust verstärkt. Das Ergebnis ist die Betonung einer gemein-

samen, exklusiven Identität, die sich für viele in einem neuen, schrillen Nationalismus finden lässt.

Die Austeritätspolitik, die nach der Wirtschaftskrise 2008 fast überall eingeführt wurde, schürte vor allem in den weniger wohlhabenden Schichten der Bevölkerung, die von stagnierenden oder sinkenden Reallöhnen und wachsender Arbeitslosigkeit besonders betroffen waren, das Gefühl, dass die Folgen der Finanzkrise auf ihre Kosten ausgetragen wurden. Dass die Banker, die die Misere verursacht hatten, unbestraft blieben, ja vielfach sogar noch Boni bekamen, brachte die Wut der benachteiligten Massen auf den Siedepunkt. Obszöne Gehälter von Wirtschaftsbossen bei stagnierenden Löhnen der Arbeitnehmer und einer Massenarbeitslosigkeit, vor allem bei jüngeren Arbeitssuchenden, schürten die Ressentiments. 2017, fast zehn Jahre nach der Finanzkrise, war im Durchschnitt jeder fünfte Jugendliche in der Eurozone arbeitslos – in Südeuropa oftmals jeder zweite. Zugleich durften die Bosse großer Firmen einen unvorstellbaren Zuwachs ihrer Gehälter verzeichnen. In Großbritannien veränderte sich das Verhältnis von Vorstandsgehältern zum Durchschnittsverdienst der Arbeitnehmer besonders drastisch: von 45 zu 1 in den 1990er Jahren bis zu 129 zu 1 im Jahre 2016. Neben dieser ökonomischen Schiefelage trugen auch politische Korruption, Geldgier und Machtmissbrauch entscheidend dazu bei, die Kluft zwischen dem sogenannten Establishment und dem selbstproklamierten ‚wahren‘ Volk zu vertiefen. Das Vertrauen in etablierte politische Parteien und in wichtige gesellschaftliche Institutionen schwand dahin.

Wie immer in schwierigen Zeiten suchte man Sündenböcke und fand sie, je nach Land, in den Zuwanderern, in der EU-Kommission oder in der Troika, jenem Gremium, das einschneidende Bedingungen für die Rettung der zerrütteten Wirtschaft in Griechenland und einigen anderen Ländern festsetzte. Deutschland, das von vielen wegen seiner strikten Ansichten über die richtige Finanz- und Haushaltspolitik und des daraus hervorgegangenen Spardiktats in der Eurozone verantwortlich gemacht wurde, und die EU im Allgemeinen, erlitten nicht nur bei den am schlimmsten Betroffenen einen Ansehensverlust. Die Antwort der europäischen Staaten auf die Finanz- und Eurokrise war insgesamt keine gute Reklame für das ‚europäische Projekt‘. Und das, bevor die EU mit der Flüchtlingskrise konfrontiert wurde.

Solange das wirtschaftliche Schönwetter anhielt, beherrschten liberale Werte das öffentliche Meinungsklima. Unter der Oberfläche war tiefe Antipathie gegenüber Immigranten dennoch leicht feststellbar. Der Multikulturalismus konnte höchstens begrenzten Erfolg verbuchen. Politiker versuchten meist, das heikle Thema der mangelhaften Integration ethnischer Minderheiten zu vermeiden, nicht zuletzt, weil man leicht ungewollt in einen rassistisch verbrämten Diskurs geraten könnte. Das Beschweigen der Probleme hatte jedoch zur Folge, dass in der Bevölkerung die Kluft

zwischen der liberal gesinnten Mehrheit und einer bedeutenden Minderheit, die ihre kulturelle Identität bedroht fühlte, größer wurde. Dem – kulturellen wie wirtschaftlichen – Wert von begrenzter und kontrollierter Einwanderung konnte wohl eine Mehrheit der Europäer, jedenfalls der Westeuropäer, zustimmen. Der plötzliche Zustrom von hunderten tausenden Zuwanderern 2015-16 zeigte in vielen Ländern aber bald die Grenzen der Toleranz. In der Folge der Flüchtlingskrise wurden in Westeuropa aus Splitterparteien große populistische Bewegungen.

In den ehemaligen Ostblockländern Zentraleuropas war die Ablehnung von Migranten keine Haltung von Minderheiten, sondern entsprach der Meinung einer Mehrheit der Bevölkerung. Nach vier Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft war, und ist, das Gefühl der nationalen Identität dort viel prononcierter als in Westeuropa. Anti-Rassismus ist in Osteuropa erst seit kürzerer Zeit und weniger tief verankert, Erfahrungen mit Multikulturalismus weniger weit verbreitet. Doch nicht nur in den Ländern des ehemaligen Ostblocks fiel die strikte Ablehnung von Migranten auf fruchtbaren Boden. Auch große Teile der Bevölkerung in Österreich und der Schweiz betrachteten die Flüchtlinge als Bedrohung der nationalen Kultur und Identität. Vorfälle wie in Köln an Silvester 2015 sowie die Reihe furchtbarer terroristischer Gräueltaten in mehreren Staaten verschärften die Animositäten gegen Zuwanderer, vor allem diejenigen aus muslimischen Ländern. Zugleich wurde die Kritik an der EU immer lauter. Der grenzfreie Schengen-Raum, einst als Wahrzeichen der europäischen Integration gelobt, wurde nun vielfach als Einrichtung gesehen, die eine Kontrolle von Migranten und Verfolgung von Terroristen unmöglich machte, während die mangelnde Solidarität bei der Verteilung der Flüchtlinge nicht nur offenbarte, wie oberflächlich die Integration in EU-Mitgliedsstaaten tatsächlich war, sondern im Falle Italiens auch den Populismus direkt förderte.

Inzwischen ist der Höhepunkt der Flüchtlingskrise vorbei, der Zustrom von Zuwanderern, vor allem illegalen Migranten, abgeflaut. Das Problem ist aber keineswegs gelöst. Wirtschaftsbedingte Migration aus ärmeren Ländern, vornehmlich aus Afrika, nach Europa wird anhalten. Die Zuwanderung zu regulieren gehört zu den dringendsten Aufgaben der EU, zu den allergrößten Prioritäten. Einige Schritte sind schon unternommen worden, um die externen Grenzen der EU zu stärken und illegale Migration zu verhindern. Mehr wird zweifellos in nächster Zeit getan werden. Eine Lösung zu finden ist aber leichter gesagt als getan. Es wird ein langer und schwieriger Prozess sein.

Der Wiederaufstieg eines mit Hass und Ausländerfeindlichkeit verbundenen, schrillen Nationalismus, den wir in Europa für längst erledigt wählten, ist zutiefst beängstigend. Grund zu verzweifeln ist er aber nicht. Die große Mehrheit der Bevölkerung, außerhalb Ost- und Zentraleuropas, lehnt den Populismus nach wie vor ab. In Schweden

haben 82 Prozent der Wähler bei den neuesten Wahlen nicht für die Schwedendemokraten gestimmt. Mehr als vier Fünftel der Wähler in Deutschland gehören nicht zur Wählerschaft der AfD. Die besorgniserregenden Vorfälle in Chemnitz im Spätsommer 2018 wurden quer durch das politische Spektrum außer bei der extremen Rechten verurteilt. Eine Mehrheit der Bevölkerung in Europa steht also noch zu den Prinzipien und Werten der liberalen Demokratie. Eine Mehrheit steht sogar, Meinungsumfragen zufolge, noch positiv zu den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft, wenn auch nicht zu den politischen Institutionen der EU. Die Werte der liberalen Demokratie werden also weiterhin geschätzt. Es ist aber nicht garantiert, dass das auch in Zukunft so bleiben wird. Deshalb muss für diese Werte gekämpft werden. Und es muss Widerstand mobilisiert werden gegen Fremdenfeindlichkeit und nationalen Populismus. Die leeren oder falschen Versprechungen der Populisten müssen entzaubert werden, während ihren Lügen und den Verzerrungen ihrer Propaganda sofort und entschieden widersprochen werden muss, auch in den sozialen Medien.

Der Populismus hat inzwischen ein großes ideologisches, politisches und soziales Hinterland geschaffen. Auch deswegen wird er wohl nicht in absehbarer Zeit verschwinden. Im Gegenteil: Den Höhepunkt dieser Entwicklung haben wir wahrscheinlich noch nicht erreicht, ihre Bekämpfung wird eine Aufgabe von Jahren, vielleicht sogar Generationen sein. Ein Wundermittel gegen den Populismus gibt es nicht, doch im Laufe der Zeit kann die Gefahr gebändigt werden. In Europa wird das auch entscheidend von der Fähigkeit und Bereitschaft der EU abhängen, sich zu reformieren. Ohne Reformen ist der weitere Aufstieg des Populismus wahrscheinlich unhaltbar, und auch die Zukunft der Eurozone und sogar der EU selbst wären wohl langfristig nicht gesichert. Es ist auf jeden Fall kein Ruhmesblatt für die EU, dass einer der größten Mitgliedsstaaten, Großbritannien, die Union verlassen möchte, und dass die EU bei so vielen Bürgern in anderen Mitgliedsstaaten, nicht zuletzt in Italien, so unbeliebt ist. Doch welche Reformen sind wünschenswert? Und durchsetzbar? Über die Notwendigkeit von Reformen spricht man in Europa seit Jahren, doch die grundsätzliche Frage, wie und ob sich die EU überhaupt reformieren und verändern kann, bleibt bislang unbeantwortet.

Wichtig und nötig sind auf jeden Fall Reformen in der Eurozone, die vor allem Emmanuel Macron anstrebt. Man sieht schon heute, dass sich die Weltwirtschaft – milde gesagt – in keinem gesunden Zustand befindet. Viele namhafte Ökonomen meinen, das Eintreffen einer neuen globalen Wirtschaftskrise sei nur eine Frage der Zeit. Für solch eine neue Krise ist die Eurozone nicht gut gerüstet. Trotz der Stärkung des Bankkapitals seit der Krise von 2008 und trotz der rettenden Eingriffe der Europäischen Zentralbank, bleibt die Eurozone ein fragiles Konstrukt. Zur Zeit ist Italien ein besonderes Sorgenkind. Bei einer erneuten schweren Wirtschaftskrise könnte das italie-



nische Finanzsystem wahrscheinlich nicht gerettet werden. Der finanzielle Zusammenbruch einer der größten europäischen Wirtschaften würde wohl die Eurozone als Ganze torpedieren. Das Resultat wäre dann eventuell das Entstehen einer kleineren, aus einigen stärkeren nördlichen Wirtschaften bestehenden Eurozone. Doch wie würde es dann mit den Wirtschaften der schwächeren Mitgliedsstaaten weitergehen? Und würden die Institutionen der EU solch eine Erschütterung überstehen – oder würde ein Auseinanderbrechen der Eurozone das gesamte Projekt der europäischen Integration gefährden?

Die Vorstellung, man könne eine Währungsunion ohne politische Union auf Dauer erhalten sei ‚abwegig‘, warnte Helmut Kohl schon 1991. Aber auch eine Zentralbank ohne die Befugnisse einer Zentralbank wie die der Fed in den USA ist problematisch, wie man während der Finanzkrise deutlich konstatieren konnte. Reformen der Eurozone sind also wünschenswert und notwendig. Doch welche Reformen genau? Und wie sind sie zu bewerkstelligen?

Die Errichtung eines geplanten Europäischen Währungsfonds z. B. ist zu begrüßen und wird die Eurozone sicherlich krisenfester machen. Die Vollendung der Bankenunion wäre ein positiver Schritt. Allerdings zeigt die Schwierigkeit, Verständigung über die gemeinschaftliche Gewährleistung von Bankeinlagen zu erzielen, welche Probleme bei grundsätzlichen Reformen allein im finanziellen Sektor bevorstehen. Eine Fiskalunion scheint ein logischer Schritt zu sein, ist aber schwer realisierbar. Der 2012 beschlossene Europäische Fiskalpakt ist in mancher Hinsicht problematisch. Noch problematischer wäre eine europaweite Harmonisierung von Steuern. Wäre es zum Beispiel praktikabel (und wünschenswert), dass Deutschland das gleiche Steuerregime wie Griechenland hat? Die Vereinheitlichung der Körperschaftssteuer würde wohl zudem auf Opposition in Ländern stoßen, die dadurch ihr Wettbewerbspotential bedroht sehen. Und eine Vergemeinschaftung der Schulden durch die Einführung von Eurobonds ist schon grundsätzlich, vor allem in Deutschland, abgelehnt worden. Auch der Vorschlag eines gemeinsamen Haushalts für die Eurozone ist kritisch aufgenommen worden. Und wenn es keinen gemeinsamen Etat gibt, erübrigt sich wohl die Notwendigkeit, einen Finanzminister für die Eurozone zu installieren.

Es bleibt zu hoffen, dass diese erheblichen Meinungsverschiedenheiten im Laufe der Zeit überwunden werden können. Doch noch überwiegen bei der Bewertung der unterschiedlichen Reformvorschläge die nationalen Interessen. Und mittlerweile verliert Macron drastisch an Popularität bei den französischen Wählern, während Frau Merkel politisch geschwächt ist. Reformen in der Eurozone brauchen Mut, Energie und Durchsetzungskraft. Wenn Macron mit seinen Reformvorschlägen für die EU Erfolg haben möchte, muss er auf die volle Unterstützung Deutschlands zählen können. Doch momentan erscheint fraglich, ob diese vorhanden ist. Der erneute Freundschaftsver-

trag, den Deutschland und Frankreich Ende Januar in Aachen unterzeichnet haben, ist zwar zu begrüßen, aber es bleibt abzuwarten, ob aus den herzlichen Worten auch Taten folgen werden.

Eine engere Integration der Eurozone würde übrigens die Frage aufwerfen, wie diese mit den Interessen der Nicht-Eurozone-Staaten in der EU zu vereinbaren wäre. Je enger die Eurozone zusammenrückt, desto wahrscheinlicher wird die Entwicklung hin zu einer EU der zwei oder mehr Geschwindigkeiten beziehungsweise einer EU der konzentrischen Kreise. Eine solche Zweiklassengesellschaft unter EU-Mitgliedsstaaten, die dadurch zwangsläufig entstehen würde, sollte die EU möglichst vermeiden, nicht nur wegen des erwartbaren Widerstands unter den Mitgliedsstaaten, sondern auch, weil die Union ihre Einigkeit und Handlungsfähigkeit nicht durch eine Zersplitterung gefährden sollte. Angesichts des Brexit und zahlreicher anderer internationaler Bedrohungen und Herausforderungen sollte die EU ihr Möglichstes tun, um die Solidarität unter den Mitgliedsstaaten weiterhin zu stärken und aufrecht zu erhalten.

Die liberale Demokratie, die Basis unserer Gesellschaften seit dem Krieg, ist zur Zeit ernsthaft gefährdet. Sie wird nicht frontal angegriffen, wie in den 30er Jahren, sondern von innen her ausgehöhlt. Andere Vorstellungen von Demokratie konkurrieren mit unserer tradierten Form. Viktor Orban spricht provozierend von einer ‚illiberalen Demokratie‘, und die plebiszitäre Demokratie, die von Populisten bevorzugt wird, steht im Widerspruch zur parlamentarischen, repräsentativen Demokratie. Die Anhängerschaft der großen, etablierten Parteien schwindet. Neue Bewegungen, rechte wie linke, ziehen viele jüngere Wähler an. Identitätspolitik gewinnt Unterstützung und fragmentiert die Parteienlandschaft.

Emotionalität siegt über Rationalität. Die Arbeit der nationalen Parlamente wird dadurch schwieriger. Deren Legitimationsbasis, den Willen des Volkes zu repräsentieren, wird zunehmend in Frage gestellt. Auf europäischer Ebene ist das Problem sogar noch größer. Das ‚demokratische Defizit‘ der EU ist berüchtigt. Die EU (und davor die EWG) war von vornherein ein bewusst elitäres Projekt. Daran hat sich seit ihrer Gründung nicht viel geändert, wie Jean-Claude Juncker, der heutige Präsident der Kommission, 1999 in einem Interview klar machte, in dem er den Entscheidungsprozess in der EU beschrieb: ‚Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.‘ Ist eine solche Methode, meine Damen und Herren, mit den Anforderungen der heutigen Demokratie vereinbar? Und ist die EU damit imstande, der Herausforderung durch den Populismus zu widerstehen? Eine Demokratisierung der EU ist m. E. unbedingt notwendig. Die Ausstattung des Europäischen Parlaments mit Befugnissen analog zu denjenigen

der nationalen Parlamente (z.B. die Einführung eines Initiativrechtes bei der Gesetzgebung), und die Demokratisierung der Kommission, könnten helfen, die demokratische Legitimationslücke zu überwinden. Eine Demokratisierung der EU ist aber kein Patentrezept, um größeres Engagement in dem ‚europäischen Projekt‘ wachzurufen, denn es sei daran erinnert, dass die Wahlbeteiligung bei Europawahlen trotz der bisherigen Aufwertung des Europäischen Parlaments stets zurückgegangen ist. Das könnte sich zwar bei den kommenden Wahlen im Mai dieses Jahres ändern, dann aber möglicherweise zugunsten der Populisten. Allen Prognosen nach ist ein bedeutender Zuwachs an Stimmen für populistische Parteien bei den Europawahlen 2019 zu erwarten. Die Arbeit des Europaparlaments wird dadurch sicher nicht gerade einfacher werden, während die Kritik an der EU, und an den Prinzipien der liberalen Demokratie mit Sicherheit wachsen wird.

Eine Chance, die EU wiederzubeleben, bieten nun die neulich von Emmanuel Macron angeregten Reformen an. Unter anderem schlägt er vor: Maßnahmen zum Schutz der Demokratie vor Cyber-Manipulierung, verstärkte interne und externe Sicherheit, einen EU-weiten Mindestlohn, intensivierten Umweltschutz und eine ‚Konferenz für Europa‘, die Bürgerinitiativen hervorbringen sollte. Wenn diese Ideen nicht aufgegriffen werden, besteht die Gefahr, dass sich die Politik des Durchwurstelns weiterhin in der EU fortsetzen wird. Das wäre aber riskant. Das Heilige Römische Reich hatte tausend Jahre Bestand. Allerdings vereitelten in seinen letzten Jahrzehnten stur bewahrte Sonderinteressen von Fürsten und anderen Gruppen alle Reforminitiativen. Durchwursteln hieß damals, dass das Reich jegliche Zielrichtung, jeden Existenzzweck verloren hatte, schon längst bevor Napoleon ihm den Todesstoß versetzte. Kein eisernes Gesetz garantiert das Überleben der EU. Ihre Zukunft hängt maßgeblich von dem Willen der gegenwärtigen Staats- und Unionsführer ab, notwendige Reformen einzuleiten und umzusetzen. Sind sie dazu fähig? Können sie den großen Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit gerecht werden?

Es ist höchste Zeit, nicht nur die Institutionen der EU zu reformieren, sondern auch deren gesellschaftliche Basis zu stärken. Was erwarten Bürger eigentlich von der EU? Und wie können wir zu einer echt demokratisierten EU gelangen, die die Wünsche und Hoffnungen der Bürger widerspiegelt? Man müsste zumindest bessere Kommunikationsmittel benutzen, um die historischen aber noch wichtiger die gegenwärtigen Leistungen der EU hervorzuheben und um von Grund auf die gesellschaftliche Basis der liberalen Demokratie zu stärken. Vor allem müssen die Vorteile der liberalen Gesellschaft eingehämmert werden. Individuelle Freiheiten, Gerechtigkeit, Menschenrechte sind schwer erkämpft worden und bilden die fundamentalen Werte der EU. Was haben im Vergleich dazu populistische Bewegungen und die Rückkehr zum intoleranten Nationalismus zu bieten?

Wir müssen die EU nicht unbedingt lieben. Wir sollten jedoch ihre Bedeutung anerkennen, ihre gewaltigen Leistungen, ihre Unersetzlichkeit und ihre massive Überlegenheit über das, was vor dem Beginn der europäischen Integration gewesen ist. Eine Rückkehr zu einem Europa von populistisch beherrschten Nationalstaaten wäre ein Albtraum. Es ist leicht, auf die Schwächen und Schwierigkeiten der EU zu verweisen, doch man übersieht dabei schnell die Stärke dieser Institution. Die Verflechtung der EU mit globalen Märkten etwa ist beträchtlich, wobei ihre Stärke auch auf etlichen Handelsverträgen mit vielen Ländern beruht, einschließlich des Abkommens mit Japan, das erst vor wenigen Wochen in Kraft getreten ist. Beim Handel mit China liegt die EU auf dem zweiten Platz, gleich hinter den USA, deren Handelsvolumen einen Wert von über einer Billion Dollar hat. Westlich der Ukraine und des Balkan gibt es kein europäisches Land ohne enge Verbindungen zur EU. Ob sich das mit dem Brexit ändern wird, ist momentan unsicher. Kein Mitgliedsstaat der EU hat Interesse gezeigt, dem misslichen britischen Weg zu folgen. Der Binnenmarkt und die Zollunion funktionieren mittlerweile gut. Über Jahrzehnte sind die Wirtschaften und politischen Strukturen der meisten europäischen Staaten so eng miteinander verwoben, dass eine Rückkehr zu einem Kontinent von getrennten Nationalstaaten ein Unding wäre.

Die Entwicklung der EU hat wesentlich dazu beigetragen, dass ein Krieg unter den Nationen der europäischen Union heute unvorstellbar ist. Die EU hat geholfen, frühere autoritäre Regime nicht nur in Osteuropa, sondern davor auch in Griechenland, Portugal und Spanien in Demokratien zu verwandeln. Und durch ihre Sozialgesetzgebung sowie ihre Vorgaben in den Bereichen der Menschenrechte und des Umweltschutzes hat die EU viel dazu beigetragen, den Lebensstandard der Europäer bedeutend zu erhöhen. Vieles bleibt freilich noch zu bewältigen. Neue Anstrengungen sind nötig, um deutlicher aufzuzeigen, welchen ‚ Mehrwert‘ Europa im Vergleich zur nationalen Staatsbürgerschaft bringt. Und es bleibt weiterhin notwendig, die großen Ungleichheiten innerhalb der europäischen Gesellschaften und auch zwischen EU-Mitgliedsstaaten zu reduzieren, wenn auch die Hauptverantwortung, für Gerechtigkeit und Gleichheit in den verschiedenen Gesellschaften zu sorgen, weiterhin bei den nationalen Regierungen liegen wird. Nicht zuletzt: alle Forschungen zeigen, dass die Anziehungskraft des Populismus und der Ausländerfeindlichkeit bei gut ausgebildeten Bevölkerungsgruppen weit geringer ist. Das allein muss ein noch größerer Ansporn sein, die bestmögliche Bildung für alle Bevölkerungsschichten anzustreben und so viel Aufklärungsarbeit wie möglich zu leisten.

Um die großen Herausforderungen der Gegenwart in Angriff zu nehmen und eine bessere Zukunft aufzubauen, müssen die Staaten Europas dazu bereit sein, im europäischen Interesse zusammenzuarbeiten, anstatt regelmäßig nationale Interessen in den Vordergrund zu stellen. Können die heutigen Politiker ihre Wähler davon überzeugen,

dass es sich lohnen würde und auch im entsprechenden nationalen Interesse liegt, die notwendigen Schritte zu unternehmen? Wir brauchen Staatsmänner und -frauen von Vision, Inspiration, Einfallsreichtum und Engagement, um uns Europäern neuen Optimismus zu geben. Wenn diese vorhanden wären, und liberale Staatsführer, Regierungen und Meinungsbildende in Europa konsequent zusammenarbeiten würden, um sich der Gefahr des Populismus deutlich entgegenzustellen, die falschen Verheißungen des Populismus aufzuzeigen und uns die immensen Vorteile, die über die jahrzehntelange europäische Kooperation und Integration entstanden sind, vor Augen zu führen, dann haben wir gute Chancen, die heutigen schweren Herausforderungen zu bewältigen. Dann wird Europa wieder mit Optimismus und Hoffnung in die Zukunft blicken können. Und dann wird diese Zukunft nicht aus Spaltung und Zwietracht, sondern aus einer erneuerten und vertieften Verständigung unter den Völkern Europas bestehen.

# DRESDNER REDEN 1992 – 2019

## 1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt  
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

## 1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow –  
Regine Hildebrandt  
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

## 1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf  
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

## 1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens  
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

## 1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer  
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

## 1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass  
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

## 1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád  
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

## 1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleşu – Rolf Schneider  
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

## 2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies  
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

## 2001

Adolf Dresen – Rita Süßmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun  
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

## 2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr  
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

## 2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann  
Moritz Rinke, Peter Weissenberg, Jens Reich

## 2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel  
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

## 2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt  
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

## 2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer  
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

## 2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt  
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

## 2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck  
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange

**2009**

Fritz Pleitgen – Jörn Rüsen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan  
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

**2010**

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller  
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

**2011**

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

**2012**

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel

**2013**

Stephen Greenblatt – Markus Beckedahl – Jürgen Rüttgers – Nike Wagner

**2014**

Heribert Prantl – Roger Willemsen – Jürgen Trittin – Sibylle Lewitscharoff

**2015**

Heinz Bude – Carla Del Ponte – Jakob Augstein – Andreas Steinhöfel – Michael Krüger

**2016**

Naika Foroutan – Peter Richter – Giovanni di Lorenzo – Joachim Klement

**2017**

Ilija Trojanow – Lukas Bärfuss – Eva Illouz – Matthias Platzeck

**2018**

Richard Sennett – Norbert Lammert – Dunja Hayali – Eugen Ruge

**2019**

Doris Dörrie – Karola Wille – Robert Menasse – Ian Kershaw

## IMPRESSUM

Spielzeit 2018/2019

HERAUSGEBER Staatsschauspiel Dresden

INTENDANT Joachim Klement KAUFMÄNNISCHER GESCHÄFTSFÜHRER Wolfgang Rothe

GRAFISCHE GESTALTUNG Andrea Dextor

TEXTNACHWEISE Alle Rechte liegen bei den Redner\*innen.

### GENDERHINWEIS

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird in dieser Publikation an manchen Stellen auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung, z. B. Besucher\*innen, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Menschen.

Das Staatsschauspiel Dresden ist Mitglied  
der European Theatre Convention.



**04.2019**